

Am Ende sind immer die Flüchtlinge schuld, egal woran Antwort auf einen Leserbrief in der Oberhessischen Presse vom 3. Juni

Das ist der
Leserbrief:

Hilferufe waren nicht laut genug

Meinung zum Flüchtlingsgipfel und den Umgang mit Asylsuchenden in Deutschland:

Was hat der Flüchtlingsgipfel am 10. Mai 2023 gebracht?

Die 16 Kommunen erhalten eine Milliarde Euro. Das eigentliche Problem wird wieder vor sich hergeschoben, bis November 2023 vertagt.

Man hat überforderte Erzieher, Lehrkräfte, Ärzte, Ehrenamtliche, Polizei, Justiz wieder einmal im Regen stehen gelassen. Die Krankenstände haben konstant wegen Überlastung zugenommen. Seit 2015 eiert man herum und das Problem wird nicht ernsthaft angegangen, um zu konkreten Lösungen zu kommen.

Eine Maßnahme wäre ein sofortiger EU-Gipfel, um zu einer Klärung zu kommen. 330.000 Ausreisepflichtige zählt man im Land, welche unser Land verlassen sollen,

jedoch wird nach Afghanistan, Syrien und in den Irak nicht abgeschoben.

Daher bleibt der EU keine andere Wahl, die EU Grenzen zu schützen, und zwar mit sofortiger Wirkung.

Deutschland ist das einzige Land in der EU, welches jedem Flüchtling bei Einreise ein Bürgergeld von 502 Euro gewährt, sowie bei Kindern 250 Euro pro Kind. Daher ist Deutschland in der gesamten EU das beliebteste Einreiseland. Der Übergang zu Sachleistungen, wie es andere EU-Länder praktizieren, wäre auch für Deutschland sinnvoll, um die Attraktivität zu begrenzen.

Die meisten Asylsuchenden stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Bringt man es nicht fertig, diese in Arbeit und Lohn zu bringen, anstatt sie durch Steuergelder ein gutes Leben leben zu lassen?

Stattdessen reisen deutsche Politiker (der viertgrößten Industriemacht der Welt, wie lange noch?) nach Afrika, um dort Fachkräfte anzuwerben, welche unser Land retten sollen.

Ohnehin ist Wohnraum Mangelware. Die eigene Bevölkerung wird immer mehr zur Kasse gebeten, damit diese dazu beitragen sollen, die immensen Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge zu schultern.

Der Staat demontiert sich selbst. Den Hilferufen der Kommunen und dem völlig überlasteten Personal, in allen Berufsgruppen, wird nicht Folge geleistet. Anscheinend waren die Hilferufe immer noch nicht laut genug oder man ignoriert sie ganz einfach.

Hanne Rinke,
Marburg

Und das ist die Antwort: Am Ende sind immer die Flüchtlinge schuld, egal woran

Diesen Eindruck vermittelt der Leserbrief von Frau Hanne Rinke in der OP vom 3. Juni. Dabei hat sie ja an einem Punkt recht. Die Kommunen müssen das gesellschaftliche Zusammenleben organisieren, und für diese Aufgabe sind sie gnadenlos unterfinanziert. Hoffentlich kommt die zusätzliche Milliarde aus dem Bundeshaushalt wenigstens bei ihnen an.

Mit anderen Behauptungen liegt Frau Rinke aber kräftig daneben. Kein einziger Asylbewerber bekommt Bürgergeld. Für diese Menschen gilt das Asylbewerberleistungsgesetz mit sehr viel niedrigeren Sätzen. Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen gibt es schon heute, obwohl die Verteilung von Warenbezugsscheinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursacht. Geldzahlungen kämen dem Staat billiger. Bürgergeld bekommen nur Flüchtlinge aus der Ukraine ab dem Tag der Einreise, und auch das ist ein Klacks im Vergleich mit den Ausgaben für Waffen und Munition. Andere Menschen ohne deutschen Pass können Bürgergeld nur beantragen, wenn ihr Aufenthalt ausdrücklich erlaubt ist. Asylbewerber müssen dort wohnen, wo Behörden sie einweisen. Sie genießen schon heute keine Freizügigkeit. Das Asylbewerberleistungsgesetz ermöglicht kein „gutes Leben“, wie Frau Rinke meint. Deswegen wollen Asylbewerber ja arbeiten und eigenes Geld verdienen, aber viele von ihnen dürfen es nicht. Manche sind schon aus der Ausbildung oder der Berufstätigkeit heraus abgeschoben worden. Das von der Ampel-Koalition eingeführte Chancenaufenthaltsrecht erleichtert für geduldete Asylbewerber den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Und schließlich sichert die EU ihre Außengrenzen auch heute schon mit inhumanen Methoden. Täglich gibt es gewaltsame Pushbacks. Täglich ertrinken Menschen im Mittelmeer.

Es sieht ganz danach aus, als würden EU und Bundesregierung Frau Rinkes Aufforderung nach noch mehr Abschiebungen und Abschottung der Außengrenzen demnächst nachkommen. Ihre Hoffnung, dadurch werde es mehr Personal in Kitas, Schulen, Justiz und Polizei geben, wird sich nicht erfüllen. Es gibt nur weniger Menschlichkeit.

Kurt Bunke
Vorsitzender des Cölber Arbeitskreises Flüchtlinge
Am Lohberg 5, 35091 Cölbe